



Antrag von DIE LINKEN.Main-Taunus-Kreis

KT/2023/035/19.WP

ausgegeben am:
21.03.2023

Kinder- und Jugendbeteiligung im Main-Taunus-Kreis aufbauen

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine institutionalisierte Form der Kinder- und Jugendbeteiligung auf Kreisebene zu entwickeln.
2. Dazu sollen verschiedene etablierte Modelle untersucht und mit Kindern und Jugendlichen zusammen für den Main-Taunus-Kreis angepasst werden. Das gewählte Modell soll inklusiv in einem erweiterten Sinne sein und sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche mit verschiedenen Hintergründen zusammenarbeiten, um die Vielfalt der Bedürfnisse abzubilden.
3. Über eine Satzung soll geregelt werden, welche Sach- und Personalmittel für eine erfolgreiche Arbeit gestellt werden und dass die Ergebnisse der Beratungen auch als Vorschläge an den Kreistag formuliert und eingebracht werden können.
4. Relevante Akteurinnen und Akteure des Kreises wie der Kreisjugendring oder der „Kreisschüler*innenrat“ sind bei der Erarbeitung einzubeziehen.
5. Der Kreisausschuss soll sich zusätzlich bei der Erarbeitung externer und fachlicher Expertise bedienen, etwa durch den Landesjugendring und die Erfahrungen des HOP!-Jugendkongresses oder auch der Landesbeauftragten für Kinder- und Jugendrechte.

Begründung:

Mit der Reform des SGB VIII (Achstes Buch Sozialgesetzbuch) wurden insbesondere auch die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf Selbstvertretung und Mitbestimmung gestärkt. Dies bindet alle Ebenen, sei es Bund, Land, Kreis oder Gemeinden. Mit dem vorliegenden Antrag soll eine tatsächliche verbindliche Einbindung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden.

gez.:
Dr. Barbara Grassel

gez.:
Beate Ullrich-Graf

gez.:
Thomas Völker